

Generation Glutz



Grundschüler. Wovon die schulischen Leistungen der Kinder abhängen, ist nicht immer so eindeutig, wie es allgemein angenommen wird. Ein Migrationshintergrund zum Beispiel spielt allein keine große Rolle für die Noten, auch die Familienkonstellation nicht. Viel wichtiger ist, ob die Grundschüler regelmäßig musizieren und Sport treiben. Zu viel Medienkonsum wiederum ist schädlich. Smartphones sollten in der Grundschule sogar verboten werden, sagt die pensionierte Lehrerin Petra Sichla im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-4](#)

Gesetzliche Rentenversicherung

Eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung wäre nicht zielführend. Durch Freibeträge ließe sich das Einkommen der bedürftigen Rentner aber deutlich erhöhen.

—> [Seiten 6-7](#)

Weltwirtschaft

Die von den USA angeheizten Handelskonflikte belasten auch die Konjunktur in Deutschland. Eine Eskalation wäre für die Metall- und Elektro-Industrie fatal.

—> [Seiten 10-11](#)

Weitere Themen +++ Dienstleistungsexporte +++ Öffentlicher Dienst +++

Top-Liste: Urlaubskosten +++ Zahl der Woche: Einsamkeit

Sport statt Smartphone

Grundschüler. Wie Kinder sich entwickeln, hängt bekanntermaßen stark davon ab, in welchen Lebenslagen sie aufwachsen – aber welche Faktoren genau dabei eine Rolle spielen, ist weniger klar. Das IW hat deshalb das Nationale Bildungspanel nach den Leistungen und Kompetenzen der Viertklässler durchforstet und kommt zu einigen überraschenden Ergebnissen.

Die Kritik der älteren Generationen an der Jugend ist wahrscheinlich so alt wie die Menschheit. Zu faul, zu anspruchsvoll, zu lange Haare. Heute klagen die Erwachsenen vor allem darüber, dass die Jugend zu viel Zeit mit Smartphone und Social Media verbringt – und zu wenig mit Lesen und Leibesertüchtigung.

Tatsächlich aber sind es einfach nur die Lebensumstände, die sich ändern – das allerdings manchmal grundlegend. Blieb zum Beispiel den Kindern der Nachkriegszeit aufgrund des beschränkten Wohnraums praktisch gar nichts anderes übrig, als draußen zu spielen, sorgen Internet und Computer dafür, dass die Kinder von heute ihre Freizeit auch komplett zu Hause verbringen können, ohne dass ihnen langweilig wird.

Hinzu kommt, dass längst nicht mehr alle Kinder mit ihren beiden leiblichen Eltern zusammenleben – und die veränderten familiären Beziehungen wirken sich entsprechend auf die zeitlichen und finanziellen Ressourcen der Familie aus. Kurzum: Die Lebensumstände der Kinder von heute sind mit denen ihrer Eltern und Großeltern kaum noch zu vergleichen.

Doch was bedeuten die veränderten Umstände für die Leistungen der Kids in der Schule oder für ihre sozialen Fertigkeiten? Um diese Zusammenhänge herauszufinden, hat das IW das Nationale Bildungspanel nach den Lebenslagen und den Kompetenzen der Viertklässler durchforstet – die Viertklässler wurden ausgewählt, weil der Lernstoff und die Lebenssituationen der Kinder ab der fünften Klasse in hohem Maße davon abhängen, welche Schulform sie besuchen.

Wie stark der Zusammenhang zwischen den Lebenslagen der Viertklässler und ihrer Entwicklung ist, hängt ganz davon ab, welche Bereiche man in den Blick nimmt:

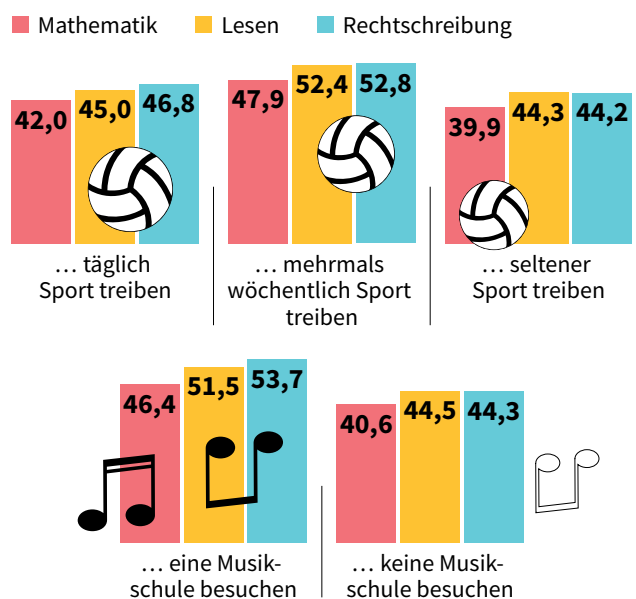
Das Geschlecht. Dieses Kriterium zeigt das für Deutschland bekannte Bild, wonach Mädchen im sprachlichen Bereich besser abschneiden und Jungen im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich die Nase vorn haben. Dieses Ergebnis beruht auf Kompetenztests

im Jahr 2016, in denen der Anteil von richtigen Antworten in den Fächern Mathematik, Lesen und Rechtschreibung ermittelt wurde. Hinsichtlich der sozialen Fertigkeiten und der Konzentrationsfähigkeit wurden die Lehrer befragt, wie sie ihre Schüler einschätzen – und die Lehrer bescheinigten den Mädchen in beiden Bereichen deutlich bessere Ergebnisse als den Jungen.

Der Migrationshintergrund. Anders als allgemein angenommen, spielt der Migrationshintergrund allein keine große Rolle für die Leistungen der Viertklässler. Zwar zeigen die Zahlen, dass Migrantenkinder in Sachen Konzentrationsfähigkeit und sozialen Fertigkeiten etwas

Grundschul Kinder: Sport und Musik verbessern die Leistungen

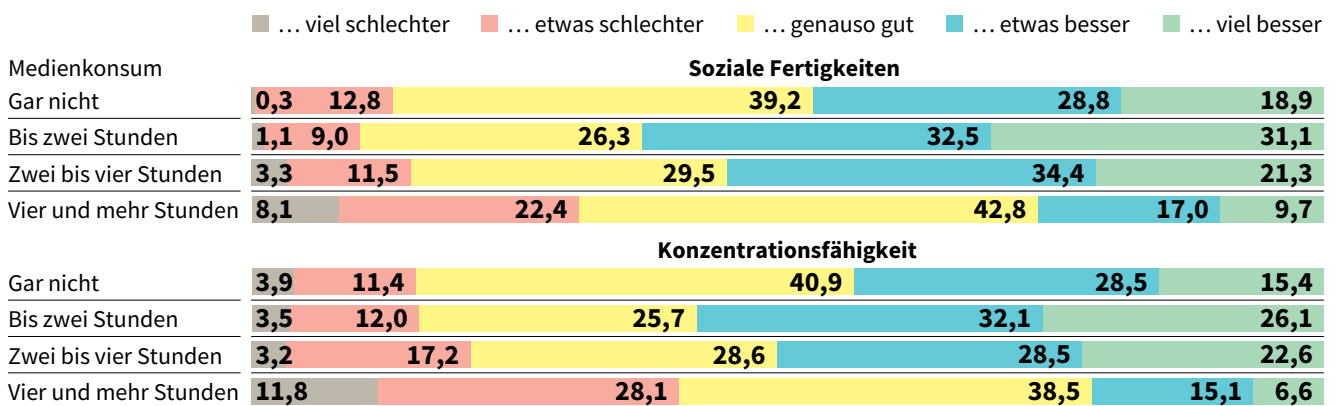
So viel Prozent der Fragen im jeweiligen Kompetenztest haben Viertklässler, die ..., 2016 richtig beantwortet



Quellen: Nationales Bildungspanel, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwid

Grundschul Kinder: Zu viel Medienkonsum schadet der Konzentration

Nach Einschätzung der Lehrer schnitten 2016 so viel Prozent der Viertklässler abhängig von ihrem täglichen Medienkonsum ... ab als im Durchschnitt dieser Altersgruppe



Medienkonsum: Zeit, die mit Computerspielen und Fernsehen verbracht wird; soziale Fertigkeiten: zum Beispiel Umgang mit Mitschülern

Quellen: Nationales Bildungspanel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

besser und bei den Leistungstests in Mathematik, Lesen und Rechtschreibung etwas schlechter abschneiden als Kinder ohne Migrationshintergrund. Die Unterschiede sind allerdings statistisch nicht signifikant.

Die Familienkonstellation. Auch hier fördert die Statistik ein überraschendes Ergebnis zutage: Für die Leistungen der Viertklässler macht es kaum einen Unterschied, ob sie bei beiden leiblichen Eltern, bei Stiefeltern, in einer Patchworkfamilie oder bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwachsen. Stark negative Auswirkungen hat allein das Aufwachsen in einer Pflegefamilie – was sich mit den häufig problematischen Verhältnissen im Haus der leiblichen Eltern erklärt.

Der sozioökonomische Hintergrund. Die Entwicklung der Kinder steht in einem engen Zusammenhang mit dem Bildungsstand der Eltern. Dies ist nicht allein auf angeborene Fähigkeiten zurückzuführen, sondern erklärt sich auch mit einer besseren Förderung der Kinder in bildungsnahen Haushalten. Positive Auswirkungen auf die Konzentrationsfähigkeit der Kinder hat auch das Haushaltseinkommen der Familie. Eine Erklärung dafür ist, dass höhere Einkommen oft mit Ehrgeiz und Durchhaltevermögen einhergehen und sich die Kinder an diesen elterlichen Eigenschaften orientieren.

Die Freizeitgestaltung. Während der Umfang des Schulbesuchs – halbtags oder ganztags – kaum mit der Entwicklung der Kinder zusammenhängt, spielt die Freizeitgestaltung eine große Rolle (Grafik Seite 2):

Kinder, die mehrmals wöchentlich Sport treiben, bringen in Mathematik, im Lesen und in der Rechtschreibung deutlich bessere Leistungen als Kinder, die selten Sport treiben.

Allerdings kommt es auf die Dosis an: Viertklässler, die jeden Tag ins Schwitzen kommen, schneiden zwar besser ab als die Sportmuffel, bleiben aber hinter jenen Kindern zurück, die sich auf ein paar Mal Sport in der Woche beschränken. Auch der Besuch einer Musikschule schlägt sich oft in besseren schulischen Leistungen und einer höheren Konzentrationsfähigkeit nieder.

Eindeutig negativ ist dagegen der Zusammenhang zwischen der Mediennutzung und der Entwicklung der Kinder (Grafik):

Kinder, die regelmäßig vier Stunden und mehr am Tag mit Fernsehen und Computerspielen verbringen, werden von ihren Lehrern in Sachen soziale Fertigkeiten und Konzentrationsfähigkeit als weitaus schlechter eingeschätzt als Kinder, deren Medienkonsum höchstens zwei Stunden pro Tag beträgt.

Für die Politik lassen sich aus diesen Ergebnissen zwei Schlüsse ableiten. Zum einen sollten in den Schulen mehr entwicklungsfördernde Aktivitäten wie Musikunterricht und Sport angeboten werden – dazu braucht es mehr personelle und finanzielle Ressourcen. Zum anderen könnten Eltern in den Schulen und Betreuungseinrichtungen gezielt zu heiklen Themen wie altersgerechter Mediennutzung und gesunder Ernährung beraten werden. Diese Angebote sollten sich nicht auf Familien in Konfliktsituationen beschränken, sondern möglichst alle ansprechen.

Aus IW-Trends 2/2019

Wido Geis-Thöne, Ruth Maria Schüler: Lebenslagen und Kompetenzentwicklung von Grundschulkindern
iwkoeln.de/grundschul Kinder



Foto: IW Medien

„Keine Lehrkraft kann 30 Kinder ausreichend fördern“

Interview. Was Eltern und Lehrer tun können, um Kinder im Grundschulalter bestmöglich zu unterstützen, weiß **Petra Sichla**. Die 63-Jährige hat vor ihrer Pensionierung als Grundschullehrerin in Köln gearbeitet.

Wie wichtig sind die Eltern für die Kompetenzentwicklung ihrer Kinder?

Das Elternhaus spielt eine große Rolle, wobei die Schule aufgrund der heute üblichen Berufstätigkeit beider Elternteile inzwischen viele Aufgaben übernehmen muss. Weil die Eltern so wenig Zeit mit ihren Kindern verbringen, wollen viele ihrem Nachwuchs möglichst alle Wünsche erfüllen, was bei den Kindern wiederum zu einer geringeren Frustrationstoleranz führt. Viele Kinder sind in der Schule dann nicht mehr bereit, etwas zu tun, was ihnen keinen Spaß macht.

Kann die Grundschule unter diesen Bedingungen trotzdem gleiche Start- und Förderbedingungen für alle Schüler schaffen?

Nein, das kann sie meiner Meinung nach im Moment nicht, denn dafür fehlt es an Personal. In deutschen Grundschulen sitzen in jedem Klassenzimmer durchschnittlich 29 bis 30 Schüler, da kann sich der Lehrer nicht um alle Kinder ausreichend kümmern und sie entsprechend fördern.

Wie groß sollten Grundschulklassen denn sein?

Persönlich fände ich 15 Schüler je Klasse gut, das ist eine Größe, in der man als Lehrer auch noch die verhaltensauffälligen Kinder, die Verhaltensoriginellen, wie man sie ja heutzutage nennt, in der Gruppe auffangen kann. Zusätzlich bräuchte man auch mehr pädagogisches Personal, die Mitarbeiter in der Nachmittags-

betreuung beispielsweise haben oft keinen pädagogischen Background.

Würde es helfen, die Grundschulzeit um zwei auf sechs Jahre zu verlängern?

Für Kinder, die bis zum Ende der vierten Klasse nicht altersgerecht entwickelt sind, wäre das sinnvoll. Man sollte sich aber freimachen von dem Gedanken, dass alle Kinder irgendwann mit einem Super-Abi die Schullaufbahn beenden können. Es gibt nun mal Kinder, deren schulische Begabung begrenzt ist.

Trotzdem streben fast alle Eltern das Abi für ihren Nachwuchs an. Was können Eltern tun, um ihre Kinder bestmöglich zu fördern?

Eltern sollten ihre Kinder vor allem begleiten und für sie präsent sein. Gleichzeitig sollten sie ihnen aber auch Grenzen aufzeigen, sie herausfordern und durch Lob bestätigen. Kein Kind macht gerne Hausaufgaben, manchmal müssen Eltern ihre Kinder regelrecht dazu zwingen. Da kann es helfen, sich daneben zu setzen und die Aufgaben mit ihnen zu machen, indem man erklärt. Wichtig ist allerdings auch, dass die Lehrer die Hausaufgaben kontrollieren, denn im Grundschulalter machen Kinder Hausaufgaben nicht für sich, sondern für die Eltern und die Lehrkraft. Ohne deren Lob haben Kinder keine Motivation und ohne Motivation entsteht keine Konzentration.

Handys sind bekanntermaßen abträglich für die Konzentration.

Handys sollten meiner Auffassung nach in der Grundschule verboten sein. In diesem Alter geht es vorrangig ums Rechnen, Lesen und Schreiben – Handys lenken ab und sind als Lernwerkzeug in der Grundschule nicht notwendig. Auch von der Persönlichkeitsentwicklung her halte ich Handys für diese Altersgruppe für untauglich.

Maßvoll regulieren

Dienstleistungsexporte. Rund elf Millionen Arbeitsplätze in der Europäischen Union hängen mit Dienstleistungen für Kunden in jeweils anderen EU-Staaten zusammen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Serviceausfahrten ist hoch, daher sollte die EU-Kommission den Bereich mit Augenmaß regulieren. Die aktuelle Richtlinie schießt übers Ziel hinaus.

Seien es polnische Lkw-Fahrer, die in Deutschland Waren ausliefern, oder Zeitarbeitskräfte aus Rumänien: Wenn das Thema Dienstleistungen durch ausländische Beschäftigte diskutiert wird, stehen meist solche Einfachjobs im Vordergrund.

Doch der europäische Binnenmarkt hat die Dienstleistungsexporte auch in wissensintensiven Branchen wachsen lassen – zum Beispiel überwachen Ingenieure Bauprojekte im Ausland und Wissenschaftler forschen und lehren an Universitäten außerhalb ihres Heimatlands. Immerhin 4,2 Prozent aller Jobs in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen in der EU hingen 2014 von grenzüberschreitenden Tätigkeiten ab – kaum weniger als in der Gesamtwirtschaft (4,8 Prozent).

Seit der Jahrtausendwende ist die Bedeutung von Dienstleistungen, die Arbeitnehmer eines EU-Staates in einem anderen Mitgliedsland erbringen, rasant gewachsen (Grafik):

Im Jahr 2014 hingen 10,9 Millionen Arbeitsplätze in den 28 EU-Staaten direkt oder indirekt von Dienstleistungsexporten in jeweils andere EU-Länder ab – fast doppelt so viele wie im Jahr 2000.

Und weil es dabei eben nicht nur um Billigjobs geht, sind es auch nicht

die osteuropäischen Länder, die in erster Linie von Dienstleistungsexporten profitieren. So ist der Anteil der damit verbundenen Arbeitsplätze an der Gesamtbeschäftigung in den Niederlanden deutlich höher als in Polen oder Rumänien. Unterm Strich entfallen 74 Prozent aller grenzüberschreitenden Dienstleistungsarbeitsplätze auf die „alten“ EU-15-Staaten.

Über alle EU-Länder hinweg sind Serviceexporte von großer wirtschaftlicher Bedeutung:

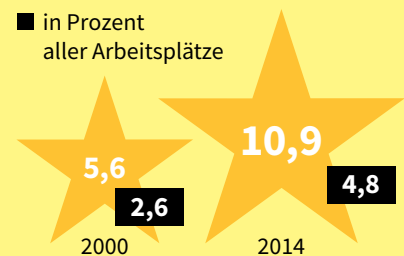
Die durch grenzüberschreitende Dienstleistungen in der EU erzielte Wertschöpfung summierte sich 2014 auf etwa 625 Milliarden Euro.

Umso wichtiger ist es, diese Tätigkeiten nicht durch übermäßige Regulierungen auszubremsen. Die EU-Richtlinie zur Arbeitnehmerentsendung, die bis Mitte 2020 in nationales Recht umgesetzt werden soll, beschränkt sich jedoch nicht darauf, Sozialdumping zu bekämpfen. Stattdessen beschneidet die Richtlinie durch zu viele Vorschriften den Wettbewerb und bürdet den Unternehmen unnötige Bürokratie auf.

So muss bereits für eine kurze Entsendung eines Wartungstechnikers ins EU-Ausland geprüft werden, ob in der Zielbranche ein Tarifvertrag

EU: Grenzenloser Service schafft Jobs

So viele Millionen Arbeitsplätze in der EU-28 hingen direkt oder indirekt von Dienstleistungsexporten in andere EU-Staaten ab



So viel Prozent aller Arbeitsplätze hingen im Jahr 2014 von Dienstleistungsexporten in jeweils andere EU-Staaten ab

1	Luxemburg	22,2
2	Malta	15,8
3	Niederlande	12,8
4	Zypern	11,1
5	Belgien	10,9
...		
9	Polen	6,9
...		
14	Vereinigtes Königreich	5,6
15	Rumänien	5,3
...		
21	Frankreich	4,2
...		
23	Deutschland	3,2
...		
28	Griechenland	0,9

Quellen: Eurostat, World Input Output Database, IW Consult
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

vorliegt, wie die Person dort einzugruppieren wäre und ob zusätzliche Leistungspflichten bestehen. Die positiven Effekte der Dienstleistungsexporte auf Jobs und Wohlstand werden dabei ignoriert und die Vorzüge des Binnenmarktes aufs Spiel gesetzt.

Mit Freibetrag Lebensleistung anerkennen

Gesetzliche Rentenversicherung. Erst die Lebensleistungsrente, dann die Solidarrente, jetzt die Respekt-Rente – seit Jahren stehen verschiedene Grundrentenmodelle zur Diskussion, die bedürftigen Bundesbürgern ein würdiges Auskommen im Ruhestand garantieren sollen. Doch wer würde von einer Aufstockung der gesetzlichen Rente ohne Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse wirklich profitieren?

Die Motive klingen edel: Altersarmut bekämpfen und Lebensleistungen honorieren. Bei genauerer Betrachtung der Reformpläne – wie der von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) vorgeschlagenen „Respekt-Rente“ – drängt sich jedoch schnell die Frage auf: Inwiefern würden Modelle ohne Bedürftigkeitsprüfung tatsächlich für einen gerechteren und zielgerichteten Schutz vor Altersarmut sorgen und welchen Effekt hätte der Verzicht auf eine Bedürftigkeitsprüfung?

Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels zeigt: Betrachtet man nur die gesetzliche Rente ohne Prüfung weiterer Einkommensquellen, des Haushaltseinkommens und der Vermögensverhältnisse, dann hätten derzeit insgesamt 7,5 Millionen Personen eine eigene gesetzliche Rente unterhalb der Grundsicherungsleistungen – unabhängig von der Zahl der Beitragsjahre (Grafik). Das wäre fast die Hälfte aller Rentner in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Von einer Rentenaufstockung ohne Bedürftigkeitsprüfung würde deshalb die teilzeitbeschäftigte

Millionärsgattin ebenso profitieren wie eine bedürftige Krankenschwester oder Altenpflegerin.

Unter Berücksichtigung der individuellen Einkommensverhält-

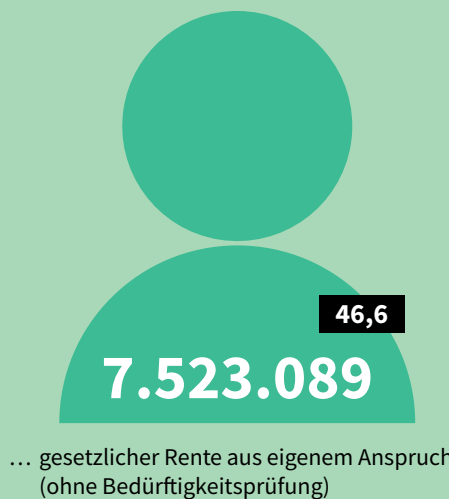
nisse, des gesamten Haushaltseinkommens sowie des selbst genutzten Wohneigentums verringert sich die Zahl der möglichen Rentenaufstocker jedoch drastisch:

Rentenaufstockung: Ohne Bedürftigkeitsprüfung ungerecht

So viele Rentner haben ein Einkommen unterhalb der Bedürftigkeitsschwelle

■ In Prozent aller Rentner der gesetzlichen Rentenversicherung

Unter Berücksichtigung von Einkommen aus ...



Bedürftigkeitsschwelle: Regelsatz der Grundsicherung im Alter zuzüglich Kosten für Warmmiete und Versichertenbeitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner; Bedürftigkeitsprüfung: nur einkommensbezogen, ohne Berücksichtigung von Vermögen im Haushalt; gesetzliche Rente aus eigenem Anspruch: ohne Hinterbliebenenversorgung

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

Rentenreform: Mit Freibetrag mehr im Portemonnaie

Beispielrechnung: Verfügbares Einkommen einer Rentnerin im ländlichen Raum Ostdeutschlands in Euro

	Ohne Freibetrag	Mit Freibetrag von bis zu 212 Euro
Gesetzliche Rente pro Monat	€ 424	€ 424
Grundsicherung bei Bedürftigkeit	€ 366	€ 563
Verfügbares Einkommen	€ 790	€ 987

Grundsicherung bei Bedürftigkeit: einschließlich der Kosten für Miete, Heizung und Freibetrag für Altersvorsorge; Annahme: Die ersten 100 Euro des Alterseinkommens bleiben bei der Bedürftigkeitsprüfung anrechnungsfrei, von dem darüber hinausreichenden Alterseinkommen 30 Prozent, insgesamt bis zu 50 Prozent der Regelbedarfsstufe eins, im Jahr 2019 also 212 Euro

Quelle: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Rentnerhaushalte mit Anspruch auf Grundrente reduziert sich durch den Freibetrag von knapp 1,5 Millionen auf gut 900.000.

Allerdings würde sich durch den Freibetrag das verfügbare Einkommen der dann noch bedürftigen Rentner deutlich erhöhen, wie eine Beispielrechnung zeigt (Grafik):

Eine Rentnerin – ohne weitere Einkommen und Vermögen – mit einer gesetzlichen Rente von 424 Euro hat nach derzeitiger Gesetzeslage Anspruch auf Grundsicherung in Höhe von 366 Euro und damit ein Einkommen von insgesamt 790 Euro. Mit einem Freibetrag steigt ihr verfügbares Einkommen auf 987 Euro.

Freibeträge wären ein guter Weg, die Lebensleistung von Rentnern mit geringen Beitragszahlungen zu respektieren und zu honorieren.

Allerdings entstünde dadurch ein neues Problem: Alle, die mit ihrer Rente auch nur 1 Euro über der Grundsicherungsschwelle liegen, würden nicht vom Freibetrag profitieren und hätten deshalb weniger als jene, die einen Teil ihrer Alterseinkommen anrechnungsfrei behalten dürfen.

Unabhängig davon bleibt offen, wie das Problem der verschämten Altersarmut gelöst werden kann, also das Phänomen, dass ein Teil der bedürftigen Rentner die ihnen zustehenden Leistungen aus Scham nicht abrufen. Deshalb sollte die Bedürftigkeitsprüfung so gestaltet werden, dass sie als würdevoll empfunden wird.

IW-Gutachten

Jochen Pimpertz, Maximilian Stockhausen:
Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung:
Wer profitiert ohne Not? – Eine mikrodatenbasierte Analyse potenziell bedürftiger Rentner, IW-Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
iwkoeln.de/grundrente

Mit Bedürftigkeitsprüfung reduziert sich die Zahl der potenziell unterstützungsbedürftigen Rentner von 7,5 auf knapp 1,5 Millionen – selbst dann, wenn man die Vermögensverhältnisse außer Acht lässt.

Demnach drohen – bei einem Verzicht auf die ausschließlich einkommensbezogene Bedürftigkeitsprüfung – bis zu 80 Prozent der Rentenaufstockungen fehladressiert zu werden. Sie würden Personen erreichen, die aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse nicht als unterstützungsbedürftig einzustufen sind. Berücksichtigt man zusätzlich die Vermögensverhältnisse, würde sich diese Fehlquote noch weiter erhöhen.

Die Analyse unterstreicht die Notwendigkeit einer Bedürftigkeitsprüfung. Doch wie sollte diese ausgestaltet werden, um den wirklich bedürftigen Rentnern gezielt unter die Arme zu greifen und deren Lebensleistung auch in monetärer Form anzuerkennen?

Als Lösung bietet sich ein Freibetrag an. Der führt dazu, dass gesetzliche Renten und weitere Alterseinkünfte bis zu einer bestimmten Höhe bei der Bedürftigkeitsprüfung anrechnungsfrei bleiben.

Bei einem Freibetrag von beispielsweise 200 Euro pro Monat, der für alle gesetzlichen Rentner eingeführt würde, sinkt die Zahl der bedürftigen Rentnerinnen und Rentner deutlich. Die Zahl der

Gleichstellung kommt nicht voran

Öffentlicher Dienst. *Trotz gesetzlicher Verpflichtung und entgegen selbst gesteckten Zielen kommt die Bundesverwaltung bei der Gleichstellung nicht wirklich voran: In den 24 obersten Bundesbehörden sind die meisten Vorgesetzten immer noch Männer.*

Als Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) im März 2018 unter dem Titel „Führungsmannschaft des BMI komplett“ ein Foto mit neun Männern veröffentlichen ließ, erzeugte er damit eine größere Protestwelle. Die Öffentlichkeit nahm ihm nicht nur übel, dass er acht Staatssekretäre berufen hatte, sondern auch, dass keine einzige Frau darunter war.

Auch sein Parteikollege, Verkehrsminister Andreas Scheuer, hat ausschließlich Männer zu Staatssekretären ernannt.

Zwar gelten mit dem Frauenfördergesetz von 1994 und dem Bundesgleichstellungsgesetz von 2001 seit 25 Jahren gesetzliche Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Bundesverwaltung, dennoch sind sie dort nach wie vor unterrepräsentiert – und zwar auf fast allen Leitungsebenen, wie der im Juni veröffentlichte Gleichstellungsindex zeigt:

22 der 24 obersten Bundesbehörden beschäftigen weniger Frauen als Männer in Leitungsfunktionen.

Dabei ist von den fast 29.000 Beschäftigten in 23 obersten Bundesbehörden – die Mitarbeiter der Bundesbank werden wegen eines anderen Personalsystems hier nicht mitgezählt – etwas mehr als die Hälfte weiblich. Von den Leitungspositionen ist allerdings nur rund ein Drittel mit Frauen besetzt (obere Grafik Seite 9). Bei den Beschäftigten mit Vorgesetzten- oder Leitungsaufgaben in der Laufbahngruppe des höheren Dienstes werden auch politische Leitungämter betrachtet, nicht aber das jeweils höchste politische Leitungsamt wie Ministerinnen und Minister, Präsidentinnen und Präsidenten oder vergleichbare Positionen.

Den größten Zuwachs von Frauen in Führungspositionen gab es bei der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien: Der Anteil der Chefinnen in dieser Behörde stieg zwischen 2015 und 2018 von knapp 39 auf gut 47 Prozent. Den größten Rückschritt hat das Auswärtige Amt gemacht:

Zwischen 2015 und 2018 sank der Anteil von Frauen in Führungspositionen im Außenministerium um fast 5 Prozentpunkte auf 20,5 Prozent.

Zudem beschäftigen 15 der 23 obersten Bundesbehörden sowie die Bundesbank auch weniger Frauen als Männer im höheren Dienst. Unterrepräsentiert sind weibliche Beschäftigte vor allem im Auswärtigen Amt mit 35 Prozent, im Verteidigungsministerium mit 37 Prozent und beim Bundesrechnungshof mit 38 Prozent.

Machen es andere Länder besser? Der Blick über den Großen Teich zeigt, dass es Frauen in den obersten Behörden der USA ähnlich schwer haben wie hierzulande: Vergleicht man den Anteil der Frauen an den knapp 2.800 Führungspositionen der 23 obersten Bundesbehörden in Deutschland mit jenem an den 7.900 Leitungspositionen in den 75 obersten US-amerikanischen Behörden einschließlich der Ministerien, so fällt auf, dass der Frauenanteil jeweils lediglich etwa ein Drittel beträgt (untere Grafik Seite 9).

Zwar hatte die amerikanische Bundesverwaltung noch unter Präsident Barack Obama 2016 in ihrer Diversity-Strategie das Ziel formuliert, die Chancengleichheit zu erhöhen und besser messbar zu machen, doch an den Zahlen ist noch kein Fortschritt ablesbar. Auch die deutsche Frauenministerin Franziska Giffey zeigte sich nach der Veröffentlichung des aktuellen Gleichstellungsindexes enttäuscht: „Ich sehe mit Sorge, dass sich insgesamt zehn oberste Bundesbehörden in Bezug auf ihren Frauenanteil in Führungspositionen gegenüber dem Vorjahr verschlechtert haben. Nur elf Behörden konnten sich verbessern und bei zweien ist der Frauenanteil an Führungspositionen unverändert geblieben. Das ist kein relevanter Fortschritt.“

Ob die Bundesregierung ihr Versprechen halten wird, bis 2025 die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Leitungsfunktionen des öffentlichen Dienstes zu erreichen, erscheint aus heutiger Sicht fraglich.

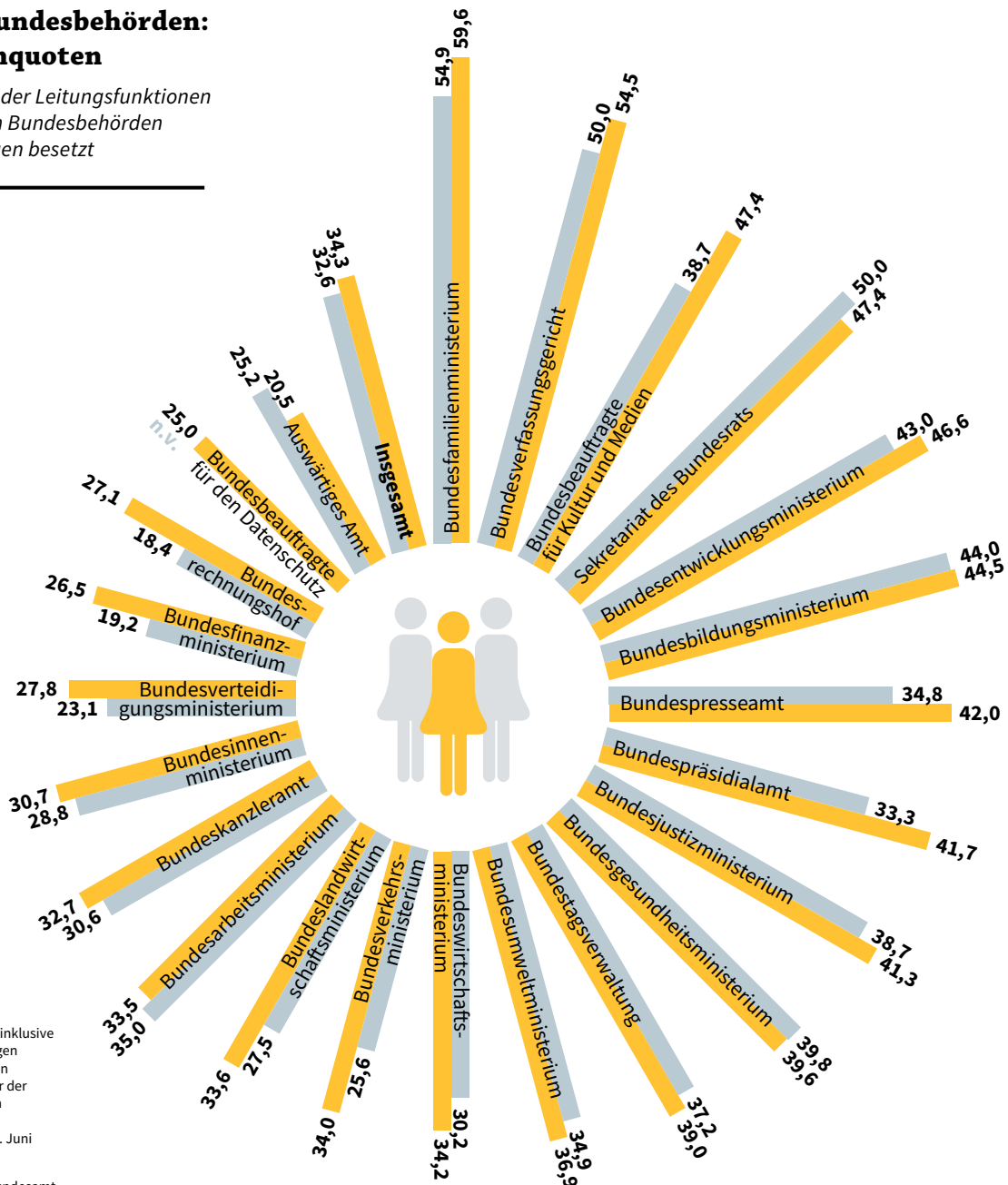
Der Gleichstellungsindex

Den Gleichstellungsindex erstellt das Statistische Bundesamt jährlich im Auftrag des Bundesfrauenministeriums. Er ist Teil des Gesetzespakets zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.

Oberste Bundesbehörden: Die Frauenquoten

So viel Prozent der Leitungsfunktionen in den obersten Bundesbehörden waren mit Frauen besetzt

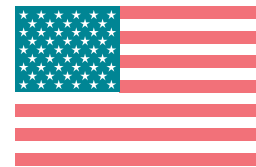
■ 2015
■ 2018



Auswärtiges Amt: 2018 inklusive der Auslandsvertretungen
Insgesamt: alle obersten Bundesbehörden außer der Zentrale der Deutschen Bundesbank
Stichtag: jeweils der 30. Juni eines Jahres

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2019 IW Medien / iwd

iwd



USA: Auch hier sinkt der Frauenanteil in den Ministerien

So viel Prozent der Leitungsfunktionen waren mit Frauen besetzt

	2014	2015	2016	2017	2018
Oberste Bundesbehörden in Deutschland	32,1	32,6	34,0	35,3	34,3
Ministerien und andere oberste staatliche Behörden in den USA	33,9	34,5	35,5	34,0	Noch nicht veröffentlicht

Oberste Bundesbehörden in Deutschland: außer der Zentrale der Deutschen Bundesbank

Quellen: Statistisches Bundesamt, United States Office of Personnel Management
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Handelspolitische Risiken für die M+E-Industrie

Weltwirtschaft. *Der Handelskonflikt zwischen den USA und wichtigen Handelspartnern, allen voran China, belastet die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und der Welt. Die M+E-Industrie dürfte eine weitere Zuspitzung besonders zu spüren bekommen, denn die wirtschaftspolitischen Unsicherheiten dämpfen schon jetzt die globale Nachfrage nach Investitionsgütern.*

Die USA haben mit ihrem handelspolitischen Alleingang die Grundlagen des Geschäftsmodells deutscher Exporteure erschüttert. Durch die Anhebung der US-Zollsätze auf Aluminium und Stahl im März 2018 auf 10 beziehungsweise 25 Prozent gegenüber den meisten Handelspartnern wurden seit langer Zeit erstmals wieder Handelsbarrieren auf- statt abgebaut.

Es folgten gezielte Maßnahmen der Vereinigten Staaten, um die Wettbewerbsposition der Weltfabrik China zu schwächen. Zwar beschränken sich die meisten Zollerhöhungen der USA auf die Importe aus China, doch ihre Konsequenzen erstrecken sich auf die ganze Welt.

Die in den vergangenen Jahrzehnten aufgebauten globalen Wertschöpfungsketten funktionieren nicht mehr wie selbstverständlich. Zahlreiche global agierende Unternehmen müssen ihre Strategie überdenken und einen Plan B entwickeln, wie sie in einer Welt mit erheblichen Handelsbarrieren zurechtkommen.

Für die deutsche Wirtschaft und vor allem für die M+E-Industrie – ein wichtiger Lieferant von Investitionsgütern – sind das keine guten Nach-

richten. Zum Jahreswechsel erreichte die globale wirtschaftspolitische Unsicherheit ein Allzeithoch.

Viele internationale Institutionen senkten ihre Prognose für die weltwirtschaftliche Entwicklung und begründeten die Korrektur vor allem mit den handelspolitischen Spannungen. Die Auswirkungen auf das Investitionsverhalten sind bereits spürbar (obere Grafik Seite 11):

Die globalen preis- und saisonbereinigten Investitionen sind im ersten Quartal 2019 so schwach gewachsen wie seit Ende 2009 nicht mehr, also zum Zeitpunkt der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.

Auch die Entwicklung des Welt-handelsvolumens war zum Jahreswechsel so schwach wie zuletzt 2009. Die negativen Tendenzen schlugen sich auch in der Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft nieder. Die Exporterwartungen der deutschen Unternehmen für das laufende Jahr waren im März und April 2019 so pessimistisch wie zuletzt am Höhepunkt der Wirtschaftskrise 2009.

Dass die USA vor allem ihrer eigenen Wirtschaft durch die steigenden Kosten von Vorprodukten und

ihren eigenen Verbrauchern durch steigende Produktpreise schaden, haben bereits zahlreiche Studien bestätigt. Dennoch droht der Handelskonflikt weiter zu eskalieren – sowohl zwischen den USA und China als auch im US-Automobilhandel mit anderen Ländern.

Dabei hat sich sogar die US-Autoindustrie gegen eine Anhebung der US-Zölle auf Importe von Autos und Autoteilen ausgesprochen – und das aus gutem Grund:

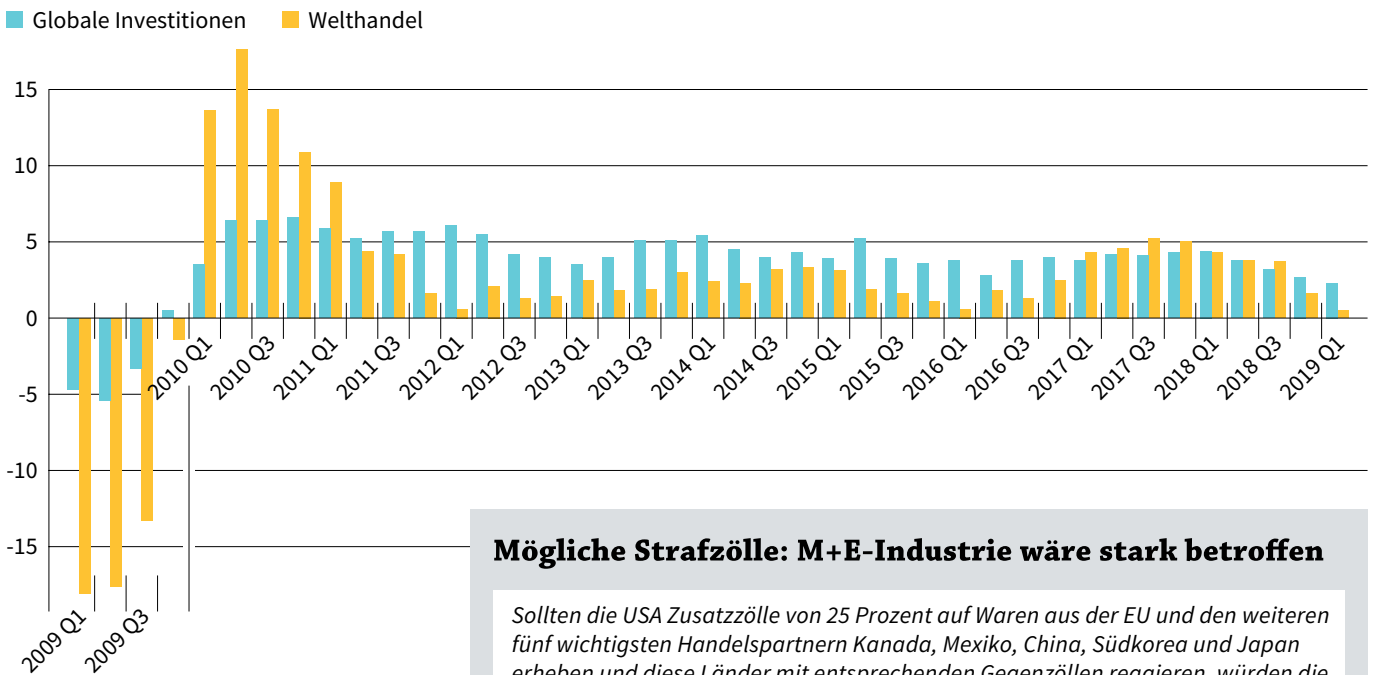
Selbst das wohl typischste US-Fahrzeug, der Ford F150, besteht nur zu 65 Prozent aus US-amerikanischen und kanadischen Bauteilen.

Steigende Kosten für den Import von Vorprodukten würden die Wettbewerbsposition US-amerikanischer Hersteller schwächen. Trotzdem ist die Drohung noch nicht vom Tisch – ein Risikofaktor mehr in Zeiten, in denen der globale Wirtschaftsmotor sowieso ins Stottern gerät. Dass die USA sich bei den Autozöllen Zeit lassen, erscheint nachvollziehbar, denn sie haben wohl kein Interesse, an mehreren Fronten gleichzeitig zu kämpfen.

Sollte es aber tatsächlich zu einer weiteren Eskalation des Handelskon-

Die Weltwirtschaft schwächelt

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent



Preis- und saisonbereinigt

Quellen: Centraal Planbureau, Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

iwd

fluktuieren, würden die Handelspartner mit Vergeltungsmaßnahmen reagieren. In dem hypothetischen Fall, dass die USA die Durchschnittszölle gegenüber der EU und den fünf weiteren wichtigsten Handelspartnern – Kanada, Mexiko, China, Japan und Südkorea – um 25 Prozent anheben und diese mit entsprechenden Maßnahmen reagieren, wären die Folgen für die Weltwirtschaft gravierend.

Simulationen mit dem Global Economic Model von Oxford Economics gelangen zu dem Ergebnis, dass das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach fünf Jahren um 2,5 Prozent geringer ausfallen würde, falls es zu solch einer Eskalation käme (untere Grafik):

Deutschland wäre aufgrund der Abhängigkeit vom Exportgeschäft überdurchschnittlich stark von einem eskalierenden Handelskonflikt betroffen.

Mögliche Strafzölle: M+E-Industrie wäre stark betroffen

Sollten die USA Zusatzzölle von 25 Prozent auf Waren aus der EU und den weiteren fünf wichtigsten Handelspartnern Kanada, Mexiko, China, Südkorea und Japan erheben und diese Länder mit entsprechenden Gegenzöllen reagieren, würden die folgenden wirtschaftlichen Kennzahlen nach fünf Jahren so weit von der aktuellen Prognose abweichen

in Prozent	-2,5	Globales Bruttoinlandsprodukt (BIP)
	-4,4	BIP in Deutschland
	-7,3	Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
-437.000		Beschäftigung in der deutschen M+E-Industrie

Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

Das deutsche BIP würde in fünf Jahren um 4,4 Prozent geringer ausfallen, die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt sogar um 7,3 Prozent. Für die M+E-Industrie müssten in diesem Szenario viele Beschäftigte um ihren Job bangen. Durch den schwächeren Handel und die hohe Unsicherheit würden knapp 440.000 Stellen wegfallen.

Es ist daher auch im deutschen Interesse zu hoffen, dass die USA den Konflikt gemeinsam mit den Handelspartnern lösen, denn deren Anliegen sind in vielen Fällen begründet. Im Handelsstreit mit China

fordern die Partnerländer Maßnahmen gegen die Wettbewerbsverzerrung durch staatliche Unternehmen und subventionierte Produkte sowie Reziprozität bei der Marktöffnung und Maßnahmen gegen den Diebstahl geistigen Eigentums.

Wenn sie bei diesen Punkten erfolgreich sind und eine Lösung im Rahmen der Welthandelsorganisation erzielt werden kann, wird die ganze Welt profitieren, nicht zuletzt Deutschland. Denn eine verlässliche und zeitgemäße globale Handelsordnung ist die wichtigste Voraussetzung für das Fortbestehen des deutschen Geschäftsmodells.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
 Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Anja Hüpper
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-255
Fax: 0221 4981-99255
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
 lizenzen@iwkoeln.de

Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.
 E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de



Top-Liste: Urlaub für den Geldbeutel

Obwohl die Sommersonne zuletzt auch über Deutschland strahlte, werden viele Bundesbürger in den Ferien wieder ins EU-Ausland aufbrechen. Wollen sie dabei auch ihrem Geldbeutel Erholung gönnen, sollten sie das Schwarze Meer ansteuern: In Bulgarien und Rumänien kosteten Hotelübernachtungen und Gaststättenbesuche im vergangenen Jahr 58 beziehungsweise 53 Prozent weniger als in Deutschland – nirgendwo sonst in der EU lässt sich günstiger Urlaub machen. Am tiefsten in die Tasche greifen müssen Touristen in Dänemark – die Preise für hyggelige Hotelzimmer und das Smørrebrød im Restaurant lagen 2018 satte 38 Prozent über dem hiesigen Niveau. Noch teurere Reiseziele in Europa sind die Schweiz, Norwegen und Island – auf der Vulkaninsel war es zuletzt fast 60 Prozent teurer als hierzulande, im Hotel zu nächtigen und im Restaurant zu speisen. Vergleicht man die aktuellen Preisniveaus mit jenen von 2010, haben sich Urlaube im europäischen Ausland für die Deutschen aber eher verbilligt. Dies gilt unter anderem für beliebte Ferienländer wie Österreich, Italien und Griechenland.

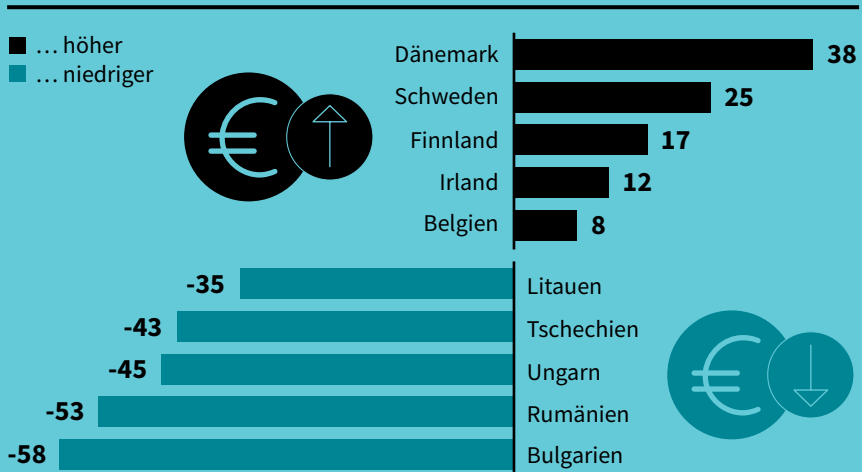
Zahl der Woche

9,5
Prozent

der Bundesbürger fühlten sich im Jahr 2017 „sehr oft“ oder „oft“ einsam. Das ist ein Prozentpunkt weniger als vier Jahre zuvor, wie neue Befragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels zeigen. Der Anteil derjenigen, die sich 2017 einsamer fühlten als 2013, hat in der Gruppe der 20- bis 29-Jährigen am stärksten zugenommen – von ihnen gaben 29 Prozent diese Selbsteinschätzung ab; bei den über 60-Jährigen waren es 26 Prozent. Über alle Altersgruppen hinweg stufte sich 2017 gegenüber 2013 zwar rund ein Viertel als einsamer ein, fast ein Drittel sprach jedoch vom Gegenteil. All diese Befunde zeigen, dass von einer drastischen Verschärfung des Problems zumindest hierzulande keine Rede sein kann – obgleich Medienberichte und die in Großbritannien 2018 ernannte Ministerin für Einsamkeit anderes vermuten lassen.

Urlaub in Europa: Von teuer bis günstig

Um so viel Prozent waren die Preise für Hotelübernachtungen und Restaurantbesuche in anderen EU-Ländern 2018 ... als in Deutschland



Länderauswahl: die fünf teuersten und die fünf günstigsten EU-Länder

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt
 © 2019 IW Medien / iwd



IW-Kurzbericht 38/2019

Anja Katrin Orth, Theresia Eyerund: Einsamkeit in Deutschland: Aktuell keine Zunahme
iwkoeln.de/einsamkeit